

02.10.2012 – 15:37 Uhr

Dispositionskredite: Deutsche Kreditwirtschaft stärkt Transparenz

Berlin (ots) -

Die Deutsche Kreditwirtschaft hat in einer Gesprächsrunde mit Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner ihre Bereitschaft erklärt, bei übermäßiger Inanspruchnahme von Dispositionskrediten den betroffenen Kunden möglichst alternative Angebote bereit zu stellen. Außerdem sollen - wo erforderlich - Maßnahmen zur größeren Transparenz geprüft werden. Zudem könnten in geeigneten Fällen Hilfsangebote von dritten Einrichtungen wie Schuldnerberatungsstellen einbezogen werden.

Dispositionskredite sind ein besonders flexibles und kurzfristig nutzbares Kreditangebot. Die hohe Flexibilität spiegelt sich zwangsläufig auch in höheren Zinsen im Vergleich zum Ratenkredit wider. So ist der laufende Aufwand, um Dispositionskredite vorzuhalten und zu überwachen, für Kreditinstitute höher als bei anderen Krediten. Der größte Anteil der Dispositionskreditzinsen ist auf unterschiedlich hohe Kostenbestandteile wie beispielsweise Refinanzierungskosten, Eigenkapitalkosten, Risikoprämie und die Kosten des operativen Geschäfts zurückzuführen.

Die Deutsche Kreditwirtschaft hat deshalb nachdrücklich darauf hingewiesen, dass zwischen der Höhe des Leitzinses der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Zinsen für Dispositionskredite kein direkter Zusammenhang besteht. Die Differenz zwischen EZB-Leitzins und Dispositionskreditzins ist insbesondere nicht mit der Gewinnmarge der Institute gleichzusetzen.

Wer eine längerfristige Finanzierung benötigt, sollte stets andere Angebote wie zum Beispiel Konsumentenkredite nutzen. Diese gibt es zu teilweise deutlich günstigeren Konditionen als den Dispositionskreditzins. Der Kunde hat die Möglichkeit, unter einer Vielzahl von Angeboten am Markt zu wählen. Der intensive Wettbewerb unter Banken und Sparkassen führt in Deutschland zu marktgerechten Zinskonditionen.

Einvernehmen bestand in der Forderung nach Maßnahmen für eine deutliche Verbesserung der finanziellen Allgemeinbildung. Die Deutsche Kreditwirtschaft hat in diesem Zusammenhang auf die hohe präventive Bedeutung der finanziellen Allgemeinbildung hingewiesen und begrüßt ausdrücklich die Bereitschaft der Bundesministerin, hierzu der politischen Diskussion einen Impuls zu geben.

Pressekontakt:

Für die Deutsche Kreditwirtschaft
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.
Schellingstraße 4
10785 Berlin
Tel.: 030/2021-1300
Fax: 030/2021-1905
E-Mail: presse@bvr.de
www.die-deutsche-kreditwirtschaft.de

Original-Content von: BVR Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, übermittelt durch news aktuell
Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.de/pm/40550/2336735> abgerufen werden.